Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute u. a. zu folgenden Themen: Libyen, Rüstungsindustrie, Tod von Kindern in Afghanistan, Wisconsin, US-Demokraten, Biosprit, der Staat bezahlt die Krisenzeche, Einkommensverteilung schwächt den privaten Verbrauch, KV-Zusatzbeitrag, Hartz-IV, demokratische Öffentlichkeit als kritische Öffentlichkeit, Praxistage für SPD-Abgeordnete, Guttenberg, Kabinettumbildung, Springer Gewinne, Parteispenden, zu guter Letzt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Libyen
2. Rüstungsindustrie: Krise? Welche Krise?

3. ISAF übernimmt Verantwortung für Tod von Kindern
4. Kommentar zu den Demonstrationen in Wisconsin: «Nieder mit Hosni Walker!»
5. How Democrats Can Become Relevant Again (And Rescue the Nation While They're At It)
6. Biosprit
7. Der Staat bezahlt die Krisenzeche
8. Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch
9. Rund 8,1 Millionen gesetzlich Krankenversicherte zahlen Zusatzbeitrag
10. Hartz IV: Blamage für von der Leyen
11. Dieter Rucht: Demokratische Öffentlichkeit als kritische Öffentlichkeit
12. Praxistage für SPD-Abgeordnete
13. Guttenberg
14. Kabinettumbildung
15. Rekord: Springer macht halbe Mrd. Gewinn
16. Parteispenden: Wirtschaft spendabel bei Schwarz-Gelb
17. Zu guter Letzt: Mal ne viertel Stunde nachdenken

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Libyen**
   a. **Krieg gegen Gaddafi?"**
   Im Westen wird über militärische Hilfe gegen den Diktator nachgedacht

Muammar Gaddafi hält sich länger, als es viele Beobachter angenommen haben; die libysche Bevölkerung muss fürchten, dass der militärische Apparat des Diktators, seine Elite-Brigaden und die Söldnertruppen, sich im Kampf gegen die "Rebellen" nicht nur halten, sondern sogar durchsetzen könnte. Der Krieg der beiden Lager in Libyen kann kann lange dauern und gewiss ist es nicht, dass am Ende Muammar Gaddafi der Verlierer ist.
Quelle: Telepolis

b. **Das deutsche Erbe in Libyens Wüste**
Wie gefährlich sind Muammar al Gaddafis Chemiewaffen? Seit in Libyen der Ausnahmezustand herrscht, ist das Gespenst vom Giftgas made in Germany auferstanden.
Quelle: Tagesspiegel

2. **Rüstungsindustrie: Krise? Welche Krise?**
Studien zeigen: Die Rüstungsindustrie boomt, die Militarisierung nimmt zu. Auch immer mehr deutsche Waffen gelangen in krisenhafte Regionen.
Quelle: Tagesspiegel
3. **ISAF übernimmt Verantwortung für Tod von Kindern**
Neun Kinder sind in der afghanischen Provinz Kunar bei einem Luftangriff der ISAF-Truppe getötet worden. "Diese Todesfälle hätte es niemals geben dürfen", erklärte Kommandeur Petraus und kündigte eine Untersuchung an. Regierung und Bevölkerung im Land reagierten empört auf den erneuten Tod von Zivilisten.
Quelle: Tagesschau.de
4. **Kommentar zu den Demonstrationen in Wisconsin: «Nieder mit Hosni Walker!»**
Wisconsin ist nicht Kairo. Der gewerkschaftsfeindliche Gouverneur des US-Bundesstaats ist kein knallharter Diktator. Doch in den USA wird zurzeit protestiert wie im Nahen Osten.
Quelle: WOZ

Passend dazu:

5. **How Democrats Can Become Relevant Again (And Rescue the Nation While They're At It)**
Democrats have become irrelevant. If they want to be relevant again they have to connect the dots: The explosion of income and wealth among America's super-rich, the dramatic drop in their tax rates, the consequential devastating budget squeezes in Washington and in state capitals, and the slashing of public services for the middle class and the poor.

Quelle: Robert Reich

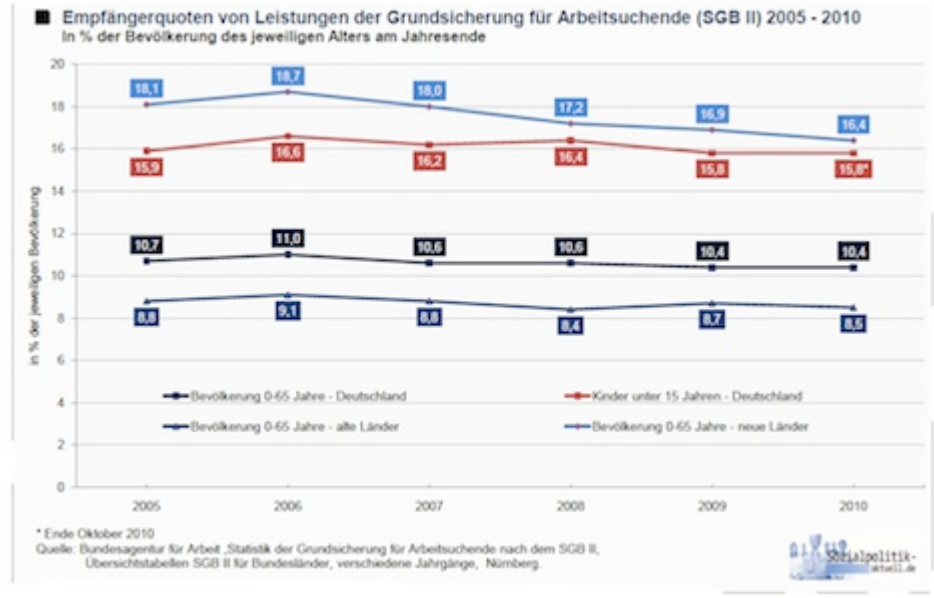
Anmerkung RS: *Ähnliches gilt für die SPD in Deutschland.*

6. **Biosprit**
   a. **Einführung von E10-Kraftstoff: Tankstellen geht Superplus aus**
   Biobenzin E10 kommt bei Autofahrern nicht an: Viele Kunden gehen auf Nummer sicher und bevorzugen teurere Sorten. Raffineriebetreiber schimpfen in der Folge auf die Bundesregierung. Umweltminister Röttgen dreht den Spieß um.
   Quelle: FR
   b. **Spritsorte E10 sorgt für Zündstoff: Umweltverbände und Agrospritbranche streiten über Klimabilanz**
   Seit zwei Monaten gilt in Deutschland für Super-Benzin die erhöhte Beimischungsquote von zehn Prozent Ethanol. Während für viele Autofahrer die Frage nach der E10-Tauglichkeit des eigenen Wagens im Vordergrund steht, ist zwischen Umweltverbänden und der Biokraftstoffindustrie ein Streit um die Umweltauswirkungen des neuen Sprits entbrannt.
   Quelle: Neues Deutschland
7. **Der Staat bezahlt die Krisenzeche**
   Die Studie untersucht die Kosten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 für die einzelnen Sektoren der deutschen Volkswirtschaft. Dabei wird zwischen direkten Kosten aus Wertverlusten und staatlichen Rettungsaktionen und indirekten Kosten durch entgangene Löhne, Gehälter, Gewinne und Steuer- und Abgabenausfällen unterschieden (…)
   - Die indirekten Kosten der Finanzkrise waren für Deutschland um ein Vielfaches höher als die direkten Kosten aus Vermögensverlusten und Staatshilfen, wie es auch der Internationale Währungsfonds (2010b) vermutet hat.
   - Der Staat hat einen beträchtlichen Teil der Kosten der Finanzkrise übernommen.
   - Selbst im günstigsten Szenario hat die Krise beim deutschen Staat direkte und indirekte Kosten von insgesamt rund 270 Milliarden Euro verursacht. Im ungünstigsten Szenario steigt dieser Wert auf fast 800 Milliarden Euro. Dies entspricht 3.000 bis 10.000 Euro an fehlenden Staatseinnahmen pro Bürgerin und Bürger.
   - Die direkten Kosten aus den Bankenrettungen machen bei den Staatskosten mit einer Summe von nur rund 22 Milliarden Euro nur den geringsten Teil der Kosten aus. Der größere Teil sind indirekte Kosten.

- Die Krise hat zunächst die Lohn- und Transferempfänger relativ unbeeinträchtigt gelassen, aber die Verluste dieser Haushalte steigen in den Jahren ab 2010.
- Für den Staat ist ein Großteil der indirekten Kosten bereits unmittelbar in den ersten Krisenjahren angefallen.
- Die Gesamtverluste der Lohn- und Transferempfänger hängen stark vom zu erwartenden Konjunkturszenario ab: Eine auch nur leicht verzögerte Erholung kann die Verluste leicht um mehrere Hundert Milliarden Euro erhöhen.

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung WISO Diskurs [PDF – 303 KB]

8. **Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch**
Der private Verbrauch hat sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik nur schwach entwickelt. Stattdessen wurde vermehrt gespart. Ein großer Teil der Haushalte – 40 Prozent – kann allerdings kein Geld zurücklegen. Sparen können vor allem die Bezieher hoher Einkommen. Die zunehmende Spartätigkeit hängt deshalb damit zusammen, dass sich die Verteilung der verfügbaren Einkommen hin zu den Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie hin zu den Haushalten mit einem hohen Einkommen verschoben hat. Die Lohnentwicklung war schwach, und die Sozialleistungen waren bis zur jüngsten Krise auf dem Rückmarsch.
Haushalte mit hohen Einkünften sparen generell nicht nur mehr als die Bezieher mittlerer oder geringer Einkommen, sondern sie haben in der Zeit vor der Krise den Anteil ihrer Einnahmen, der in die Ersparnisse floss, sogar noch deutlich aufgestockt. Im Jahr 2009 entfielen 60 Prozent
aller laufenden monatlichen Ersparnisse auf das Viertel aller Haushalte mit dem höchsten Einkommen. Haushalte mit geringem Einkommen haben dagegen nicht vermehrt gespart. Der seit Jahren schwache Konsum in Deutschland ist mithin auch auf die starke Einkommensverteilung zurückzuführen. Hinzukommen dürften Verhaltensänderungen
insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion über die private Altersvorsorge.
Quelle: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 8/2011 [PDF – 550 KB]



Quelle: Sozialpolitik aktuell in Deutschland [PDF – 125 KB]

Anmerkung WL: *In Sozialpolitik aktuell in Deutschland sind wieder eine Vielzahl neuer und interessanter Dokumente eingestellt.*

9. **Rund 8,1 Millionen gesetzlich Krankenversicherte zahlen Zusatzbeitrag**
   Zum Stichtag 1. Januar 2011 erheben 14 der 156 gesetzlichen Krankenkassen einen Zusatzbeitrag. Davon betroffen seien rund 8,1 Millionen Versicherte, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/4761) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/4578). Sechs Krankenkassen gewähren den Angaben zufolge ihren insgesamt 400.000 Mitgliedern eine Prämie, die zwischen 2,50 und 6 Euro pro Monat und Mitglied liegt. Mit einem durchschnittlichen Zusatzbeitrag von mehr als null Euro und damit einem möglichen Anspruch einzelner Mitglieder auf einen Sozialausgleich sei frühestens im Jahr 2012 zu rechnen, schreibt die Regierung.
   Weiter heißt es in der Antwort, die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) seien in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich vier Prozent gestiegen, während sich die beitragspflichtigen Einnahmen um durchschnittlich 1,5 Prozent erhöhten. Die Regierung erwartet für die kommenden Jahre jedoch „eine eher moderatere Ausgabendynamik“.
   Quelle: Deutscher Bundestag
10. **Hartz IV: Blamage für von der Leyen**
    Warum haben wir das eigentlich wieder nicht kapiert, wir Doofen? Seit gestern ist die Welt wunderschön. Und allen wird es, hopplahopp, bald viel besser gehen als bisher. Den Armen, den Geringstverdienern, den Kommunen, ach ja, und vor allem den vielen

Kindern, die bald ihr großes Bildungs- und Teilhabepaket auspacken dürfen. Wahrscheinlich bindet die Bundesministerin für beinhartes Lächeln gerade zweieinhalb Millionen rosarote Schleifen und hängt Zettelchen dran: Liebe Grüße. Röschen. «Etwas Schönes», sagen sie. Wie verwegen. «Eine Leitidee.» Wie dreist. Nur zufällig ist beides gestern Ursula von der Leyen eingefallen. Alle, alle tun sie so, als hätten sie Ungeheuerliches geleistet. Haben sie ja auch. Allerdings leider nur sich.
Quelle: Frankfurter Neue Presse

11. **Dieter Rucht: Demokratische Öffentlichkeit als kritische Öffentlichkeit**
Demokratische Öffentlichkeit ist weit mehr als ein Lieferant von Unterstützung, der sogenannten
Input-Legitimität, für den politischen Entscheidungsapparat. Sie soll über den Zustand von Gesellschaft informieren, kollektive Willensbildung ermöglichen, politische Entscheidungen mit aktiver bürgerschaftlicher Beteiligung stimulieren sowie getroffene Entscheidungen bewerten. Damit erhält sie eine Schlüsselrolle für die Herstellung und Sicherung einer lebendigen Demokratie. Verfahrensgrundlage einer solchen Öffentlichkeit ist die Auseinandersetzung zwischen Freien und Gleichen. Erst dann vermag Öffentlichkeit ihr Vernunftspotenzial zu entfalten als Ergebnis dessen, was, in den Worten Immanuel Kants, „freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können“.
Neben allen ihren sonstigen Funktionen muss kritische Öffentlichkeit also Umstrittenes kritisch prüfen, d.h. Behauptungen über Sachverhalte nachgehen, Positionen und Vorschläge im Lichte von Argumenten und Gegenargumenten abwägen, Geltungsansprüche nach dem Maßstab ihrer Schutzwürdigkeit und Verallgemeinerbarkeit bestätigen oder aber zurückweisen…
Gemessen an diesen Anforderungen steht es um die Qualität der politischen Öffentlichkeit in Deutschland nicht zum Besten.
Dies zeigen drei sehr unterschiedlich gelagerte Fälle aus der jüngsten Zeit:
Lokale und regionale Medien haben sich seit der Ankündigung des Bahnprojekts Stuttgart 21 über mehr als ein Jahrzehnt zum Sprachrohr der Betreiberseite gemacht. Erst aufgrund der anhaltenden Massenproteste wurde anderen Sichtweisen der ihnen gebührende Raum zuteil. Das zweite Beispiel ist die Liberalisierung der Finanzmärkte, für die zahllose Journalisten – insbesondere Wirtschaftsjournalisten – die Werbetrommel gerührt haben. Dem hat erst das offenkundige Desaster der Liberalisierungspolitik ein vorläufiges Ende gesetzt.
Der dritte und aktuellste Fall betrifft die politische Einordnung einiger Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens. Es bedurfte der Volksaufstände in den Straßen von Tunis und Kairo, um der Masse von Journalisten die seit Jahrzehnten greifbare Tatsache vor Augen zu führen, dass man es mit Diktaturen zu tun hatte.

Quelle: WSI Mitteilungen [PDF – 188 KB]

12. **Praxistage für SPD-Abgeordnete**
Abgeordnete der Hessen-SPD aus Bund und Land wollen sich selbst ein Bild über mögliche Mängel im Gesundheitswesen verschaffen. Sie besuchen daher Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeheime und arbeiten dort auch mit. «Wer das Gesundheitssystem nur von seinem Landtags- oder Bundestagsschreibtisch aus kennt, kann kaum beurteilen, wie gravierend die Missstände derzeit sind», erklärte der Landtagsabgeordnete Thomas Spies.
Quelle: Frankfurter Neue Presse
13. **Guttenberg**
    a. **Der Bendler-Block als Bühne – Zur Inszenierung des Guttenberg-Rücktritts**
    Es ist ein selten aufgeführtes Stück, das am Vormittag auf der sogenannten "Politischen Bühne" zu sehen war. Es zeigte ein Ein-Personen-Stück mit dem Titel "Der Rücktritt". In der Hauptrolle: Karl Theodor zu Guttenberg. Wer hinter der Bühne im Bendlerblock Regie führte, ist noch nicht klar.
    Quelle: dradio
    b. **Guttenberg und die Bild-Zeitung**
    Während der Plagiatsaffäre stand die Bild-Zeitung Karl-Theodor zu Guttenberg treu zur Seite. Nicht jeder in der Redaktion ist glücklich darüber – doch am Ende entscheidet der Chef: Kai Diekmann.
    Quelle: FR
    c. **Unionspolitiker Uhl hofft auf baldiges Politik-Comeback Guttenbergs**
    Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Hans-Peter Uhl, hat sich für eine rasche Rückkehr von Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) in die Politik ausgesprochen.
    Es seien in der Vergangenheit bereits Politiker zurückgekehrt, die "sehr viel mehr kriminelle Energie" als Guttenberg gehabt hätten.
    Quelle: Stern.de

    Anmerkung unseres Lesers R.B.: *Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag toleriert anscheinend ein gewisses Maß an krimineller Energie bei den Vertretern des Volkes. Sicher: Auch Kriminelle haben im Zuge der Resozialisierung eine Chance verdient. Wohl aber kaum in öffentlichen Spitzenämter mit maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft der Bürger unserer Republik…*

    d. **Doktoranden-Initiative enttäuscht über neuerliche Ignoranz der**

Sachfrage: “Wir warten auf die Kanzlerin!”
Zur Reaktion der Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel, auf die Rücktrittsrede von Herrn zu Guttenberg, erklären die Initiatoren des Offenen Briefs der DoktorandInnen an die Bundeskanzlerin:
“Wir sind enttäuscht von der Rücktrittsrede Karl-Theodor zu Guttenbergs. Seinen Rücktritt hat allein er zu verantworten, nicht die Medien und schon gar keine Kampagnen. In der Rede hat er sich erneut kaum mit seinem eigenen Fehlverhalten beschäftigt, das sich nicht in der massiven Täuschung in seiner Dissertation erschöpft, sondern auch seinen Umgang mit ihr umfasst.
Unser Offener Brief hat sich jedoch bewusst an Frau Merkel gerichtet. Wir waren und sind vom Umgang der Bundeskanzlerin mit der Plagiatsaffäre maßlos enttäuscht. Unser Anliegen hat sich mit dem Rücktritt des Bundesministers der Verteidigung nicht erledigt. Ihre Reaktion auf seinen Rücktritt legt nahe, dass Sie immer noch nicht verstanden hat, worum es uns und vielen anderen geht.
Quelle: Causa Guttenberg

14. **Kabinettumbildung**
    a. **Schneller Personaltausch in Berlin**
    Eigentlich wollte sich das politische Berlin nach dem Rücktritt von zu Guttenberg Zeit nehmen, um über die Nachfolgeregelung nachzudenken. Erst am Freitag, hieß es zunächst, sollen Personalentscheidungen bekannt gegeben werden. Doch der Zeitplan war offenbar nicht zu halten. Mit einer schnellen Entscheidung will die Bundesregierung Handlungsstärke beweisen.
    Quelle: Telepolis
    b. **Neuer Verteidigungsminister: De Maizières Minenfeld**
    Gorch Fock, Sparziele, Truppenumbau – der Nachfolger von Karl-Theodor zu Guttenberg wird an vielen Fronten kämpfen müssen. Auf den neuen Verteidigungsminister warten Konflikte, Spardiktate und Affären. FTD.de zeigt, was er zu tun hat.
    Quelle: FTD
15. **Rekord: Springer macht halbe Mrd. Gewinn**
    Axel Springer legt die Konzernbilanz für 2010 vor und die fällt wie erwartet, glänzend aus. Erstmals liegt der operative Gewinn (EBITDA) über einer halben Milliarde Euro (510,6 Mio Euro). Der Umsatz legte um 10,8 Prozent auf knapp 2,9 Mrd. Euro zu. […] Der Gesamtkonzern erwirtschaftete eine überaus respektable Rendite von 17,6 Prozent. Das Kerngeschäft, deutsche Zeitungen und Zeitschriften, ist mit einer Rendite von 24,8 Prozent (Zeitungen) und 20,8 Prozent (Zeitschriften) sogar extrem profitabel. Aber hier sinken die Erlöse leicht und wohl auch dauerhaft.
    Quelle: Meedia

16. **Parteispenden: Wirtschaft spendabel bei Schwarz-Gelb**
    Die Wirtschaft hat CDU und FDP im Wahljahr 2009 besonders großzügig mit Spenden bedacht. Dies geht aus den Rechenschaftsberichten der im Bundestag vertretenen Parteien für das Jahr hervor.
    Quelle: Tagesspiegel
17. **Zu guter Letzt: Mal ne viertel Stunde nachdenken**
    Der Baron und „seine“ Soldaten, Johannes Bratwurst Kerner, (…)
    Quelle: WDR-Kabarett [MP3 – 1.4 MB]